

Das Musterlände steckt in der Krise

Kein Bundesland ist so sehr von mehreren wichtigen Industriebranchen geprägt wie Baden-Württemberg - Vor der Landtagswahl werden Probleme spürbar

Kein anderes Bundesland ist so stark von gleich mehreren wichtigen Industriebranchen geprägt wie Baden-Württemberg. Deshalb spürt man die aktuellen Probleme dort besonders intensiv - wie sich auch kurz vor der Landtagswahl zeigt.

Wenn Alexandra Schlager sich umhört, spürt sie die Verunsicherung. „Die Stimmung bei uns ist, wie in vielen Betrieben derzeit, angespannt“, sagt sie. Schlager ist Betriebsratsvorsitzende bei Siemens in Rastatt, einer 50.000-Einwohner-Stadt zwischen Karlsruhe und Baden-Baden.

Dort hat auch der Autobauer Mercedes-Benz ein Werk. Die Industrie bietet viele Arbeitsplätze. „Baden-Württemberg ist ein starkes Industrieland, gerade Automobilindustrie und Zulieferer prägen ganze Regionen“, sagt die Betriebsrätin. Doch genau das setzt dem Südwesten auch so zu: Dem Herzstück seiner Wirtschaft geht es schlecht. Das gilt zwar für ganz Deutschland, für Baden-Württemberg aber besonders. Kein anderes Bundesland ist stärker von mehreren Branchen geprägt. In der Heimat von Bosch, Daimler und Porsche macht die Industrie mehr als 30 Prozent der Wertschöpfung aus, während es im bundesweiten Schnitt gut 20 Prozent sind. Das ist eigentlich auch die Stärke des Lands, das zu den Wachstumsmotoren der deutschen Wirtschaft gehört: Rund 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entstehen zwischen Odenwald und Bodensee. Davor liegen nur noch Nordrhein-Westfalen und Bayern.

Doch jetzt steckt die deutsche Industrie in der Krise. Hohe Energiepreise, Zölle, eine weiterhin schwache Nachfrage und die zunehmende Konkurrenz aus China treffen auf Unternehmen, die mitten im Umbruch stecken. Gerade erst hat die Beratungsgesellschaft EY eine Analyse veröffentlicht, wonach allein die Industrie im vergangenen Jahr bundesweit gut 122.000 Jobs verloren hat. In einer Region, die so sehr an der Industrie hängt, macht sich das besonders bemerkbar. „Baden-Württemberg leidet überproportional stark unter den wirtschaftlichen Problemen“, sagt Hans Peter Grüner, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. „Die Veränderungen in der Industrie treffen alle. Aber sie treffen Baden-Württemberg besonders stark“, erklärt er. Vor allem zeige sich das in der Autoindustrie und bei ihren Zulieferern.

Beispiel ZF: Der Zulieferer aus Friedrichshafen wird allein bis zum Jahr 2030 wohl rund 7600 Stellen abbauen. Damit ist ZF nicht allein. Eine vom Land in Auftrag gegebene Studie zeichnet ein düsteres Bild: Bis zum Ende dieses Jahrzehnts könnten demnach bis zu 60.000 Arbeitsplätze in der Autobranche wegfallen. Es sind Entwicklungen, die für große Verunsicherung sorgen - und eine große Rolle bei der Landtagswahl spielen. Am 8. März entscheidet sich, wer in Stuttgart künftig den Regierungschef stellt. In den jüngsten Umfragen liegt die CDU mit Spitzenkandidat Manuel Hagel vorn. Auch die Grünen mit Cem Özdemir und die AfD mit Markus Frohnmaier genießen hohe Zustimmungswerte. Es ist die erste von fünf Landtagswahlen in diesem Jahr. Auch für die Bundespolitik steht deshalb viel auf dem Spiel. Eines ist jetzt schon klar: Es ist ein Wahlkampf, bei dem der Wirtschaft eine besondere Rolle zukommt. „Die Positionierung ist sichtbar. Das Thema Wirtschaft ist in den Wahlprogrammen weiter nach oben gerückt, als das vor Corona der Fall war“, sagt Grüner.

„Da hat sich etwas gedreht. Und es ist ja auch normal, dass die politische Priorisierung sich anhand der Problemlagen ändert“, findet der Wirtschaftswissenschaftler. „Es ist gut, wenn sich die Parteien Gedanken machen.“ Der Ökonom vermutet, dass das Thema auch bei vielen Wählerinnen und Wählern einen hohen Stellenwert einnimmt: „Wenn die wirtschaftliche Unsicherheit groß ist, werden wirtschaftliche Aspekte eine wichtige Rolle spielen.“ Auch Alexandra Schlager in Rastatt glaubt, dass die aktuelle Lage die Wählerinnen und Wähler umtreibt. Für viele stehe bei dieser Wahl die Frage im Raum, ob die Industriearbeitsplätze dort bleiben oder Jobabbau und die Unsicherheit noch zunehmen. „Wenn Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, wächst Frust“, sagt die Betriebsratsvorsitzende. Sie hält es deshalb für möglich, dass manche sich ganz abwenden und gar nicht wählen, andere dagegen aus Protest. „Es würde der Politik guttun, das ernst zu nehmen - und verlässlich zu liefern: sichere Perspektiven, Investitionen, Qualifizierung und gute Arbeit.“

Wirtschaftswissenschaftler Grüner betont allerdings, dass vieles, was die Beschäftigten umtreibe, gar nicht im Bundesland selbst entschieden werde. „Das hat die Landesregierung nicht in der Hand“, sagt er. Die politischen Kompetenzen lägen eher auf der Bundes- oder EU-Ebene, und die maßgeblichen Prozesse geschähen teilweise noch weiter weg - in den USA oder in China. Wie aber könnte das Land den Weg aus der Krise schaffen? Grüner wagt etwas Optimismus. Die große Frage werde sein, ob man alles so erhalten wolle, wie es sei - oder ob man sich auf Veränderungen einstelle. Es gebe Zukunftsbranchen wie etwa die Kreislaufwirtschaft. Auch Künstliche Intelligenz sei ein zentrales Thema. In der Autoindustrie wiederum werde es darum gehen, auf welche Antriebstechnik man künftig setze. „Zwar treffen die Veränderungen in der Industrie das Land besonders hart“, sagt Grüner. „Aber es ist auch ein Land, das relativ gut aufgestellt ist, um mit Veränderungen umzugehen.“

Zitat-Text:

Veränderungen in der Industrie treffen alle. Aber sie treffen Baden-Württemberg besonders stark.

Hans Peter Grüner, Volkswirt der Uni Mannheim



*Der Glanz ist ein wenig verblasst: Baden-Württembergs Industrie schwchtelt. Foto: Thomas Niedermller/Getty
Johanna Apel*

Quelle:	Hannoversche Allgemeine Zeitung - Hauptausgabe vom 19.02.2026, Seite 9
Weitere Ausgaben:	Burgwedel/Isernhagen; Gehrden/Ronnenberg; Hemmingen/Pattensen; Wunstorf; Burgdorf/Uetze; Lehrte/Sehnde; Barsinghausen/Wennigsen; Springe/Bad Münder; Garbsen/Seelze; Laatzen/Sarstedt; Neustadt; Langenhagen/Wedemark
Ressort:	Wirtschaft
Ausgabe:	Hauptausgabe
Dokumentnummer:	doc84ms0ocgyo1137k27jbz

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HAZ__afd701577ba4e5f4748a614181d60883b055d8cf

Alle Rechte vorbehalten: (c) Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH